



PRESSEMITTEILUNG

„Polizei braucht Schutz und Solidarität“

Andreas Breitner vom Hilfsfonds der Polizei reagiert auf BKA-Statistik zum Anstieg der Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten

Das Bundeskriminalamt hat am vergangenen Freitag berichtet, dass die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte bundesweit und auch in Schleswig-Holstein gestiegen ist. Im nördlichsten Bundesland wurden laut BKA-Statistik 2021 1348 Taten registriert, 80 mehr als 2020.

Hier zu erklärte **Andreas Breitner**, der Vorsitzende des Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not (HUPF):



„Die Zahlen sind alarmierend. Wir brauchen dringend mehr Respekt für die Arbeit der Polizei. Unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte halten stellvertretend für uns alle ihren Kopf hin und riskieren viel. Das Mindeste was sie dafür erwarten können, ist die gesellschaftliche Wertschätzung. Immer, wenn unser Fonds betroffenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten geholfen hat, ging es in den nachfolgenden Gesprächen vor allem um das Gefühl des Alleingelassenwerdens mit Folgen der Gewalt. Immer wieder zeigte sich dabei, dass vor allem Einsätze bei häuslicher Gewalt für die einschreitende Polizei die höchsten Risiken bergen. In diesen Situationen vergessen sich Menschen und rasten schnell völlig aus. Hier ruhigen Kopf zu bewahren und die Situation zu beherrschen und nicht eskalieren zu lassen, ist Teil der professionellen Arbeit der Landespolizei. Aufgrund der Folgen der Energiekrise, der folgenden Inflation und einer drohenden Rezession stehen wir auch in Schleswig-Holstein vor einer ernstesten gesellschaftlichen Zerreißprobe. Viele Menschen werden in finanzielle Not geraten und fürchten schon jetzt um ihre wirtschaftliche Existenz. Kumulieren diese mit anderen persönlichen Problemen, ist diese Lage dazu geeignet, familiäre Konflikte zu fördern, zu eskalieren und mehr häusliche Gewalt auszulösen. Hier entstehen neue polizeiliche Lagen mit auch für die eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamtinnen hohem Gefährdungspotential. Daher appelliere ich an alle politisch Verantwortlichen im Lande, sich angesichts dieser drohenden Entwicklung schon heute schützend vor unser Landespolizei zu stellen und sich mit dieser solidarisch zu zeigen.“

Der Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e. V. ist eine gemeinnützige Einrichtung, die es sich seit dem Jahre 2001 zur Aufgabe gemacht hat, im Dienst schwer verletzten oder gar getöteten Polizeibeamten bzw. deren Angehörigen und Familien in ihrer schwierigen Situation mit einer Zuwendung, die den speziellen Verhältnissen angemessen ist, unter die Arme zu greifen. Seit Bestehen hat dieser Fonds in über 200 Fällen bei Polizeibeamtinnen und -beamten Unterstützung durch Zuwendungen geleistet. Dabei wurden über 250.000 € ausgekehrt.

Text/Foto: Thomas Gründemann

Anschrift:

Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibesetzte
und deren Familien in Not e.V.
c/o Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Tel. 0431-122.1020 (0173-2095139)
Fax 0431-17092

V.i.S.d.P. Hilfs- und Unterstützungsfonds, Karl-Hermann Rehr, 0173-2095139.